

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [EU-Gipfel in Brüssel](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [Governance der Energieunion](#) 3
- [Anhörung zur Geschlechtergleichstellung im Mediensektor der EU](#) 3

Rat der Europäischen Union

- [Verbraucherschutz im digitalen Zeitalter: Stärkung der EU-weiten Zusammenarbeit](#) 4
- [Verlagerung der im Vereinigten Königreich ansässigen EU-Agenturen](#) 4
- [Rat "Verkehr, Telekommunikation und Energie" zur Energieeffizienz von Gebäuden](#) 5
- [Überarbeiteter MFR: Mehr Geld für Wachstum, Jobs und die Migrationskrise](#) 5

Europäische Kommission

- [Europäische Kommission will in Verkehrsprojekte in der EU investieren](#) 6
- [EU sieht sich mit weltweit zunehmender Marktabschottung konfrontiert](#) 6

Sonstiges

- [Österreich unter den Ländern mit schnellstem Innovationszuwachs](#) 7
- [EUGH zu verdachtsunabhängigen Kontrollen an Binnengrenzen](#) 7

Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 8

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Tagesordnungen der Institutionen 10

Impressum und Abbildungsverzeichnis 10

*Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu*

Thema der Woche

EU-Gipfel in Brüssel

Am 22. und 23. Juni 2017 kamen die Staats- und Regierungschefs in Brüssel zusammen. Bei dem zweitägigen Gipfeltreffen standen Migrations-, Verteidigungs- und Sicherheitsfragen im Mittelpunkt.



Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker forderte die Einrichtung eines Verteidigungsfonds und rief erneut zu einem effizienteren Beschaffungswesen im Bereich der Verteidigung auf. In puncto Binnenmarkt, Handel und Industrie betonte Juncker bei seiner Abschlusspressekonferenz am 23. Juni 2017 die wirtschaftliche Erholung in der gesamten EU: „Die Arbeitslosigkeit sinkt, das Wachstum zieht wieder an, die Haushaltsdefizite schrumpfen. 2011 hatten wir 24 Länder mit einem übermäßigen Defizit; jetzt sind es nur noch vier.“ Juncker forderte die Mitgliedstaaten auf, ihre Beiträge zum EU-

Treuhandfonds für Afrika anzuheben und forderte einen freien, aber fairen Handel. EU-Parlamentspräsident Antonio Tajani betonte: „Der Brexit, die Krisen außerhalb und innerhalb unserer Grenzen sowie die Ängste im Zusammenhang mit der Globalisierung veranlassen die Menschen wieder vermehrt dazu, den Schutz, den die Einheit Europas bietet, zu suchen. [...] Wenn wir bei Themen wie Sicherheit, Migration, Arbeitslosigkeit oder Klimawandel keine Lösungen anbieten können, überlassen wir es dem Populismus, diese Lücke zu füllen.“

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Governance der Energieunion

Am 21. Juni 2017 hielten die Energie- und Umwelt-Ausschüsse eine gemeinsame Sitzung ab, um einen Berichtsentwurf zu prüfen, der eine Governance für die Energieunion vorsieht.

Diese vorgeschlagene Verordnung trägt zur Umsetzung des Pariser Abkommens einschließlich seines 5-jährigen Überprüfungszyklus bei und stellt sicher, dass die Überwachungs-, Berichts- und Verifizierungsanforderungen nach dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen und dem Pariser Abkommen harmonisch in die Regierungsführung der Energieunion integriert werden. Unter anderem wurde

vorgeschlagen, einen EU-CO2-Haushalt zu schaffen, der mit den Bemühungen um eine Begrenzung der Temperaturerhöhung auf 1,5°C über dem vorindustriellen Niveau übereinstimmt. Sie schlugen auch vor, angesichts des hohen globalen Erwärmungspotentials von Methan und seiner kurzen atmosphärischen Lebensdauer, eine umfassende Strategie für Methanemissionen zu schaffen.

[Mehr Informationen](#)

Anhörung zur Geschlechtergleichstellung im EU-Mediensektor

Am 26. Juni 2017 fand eine Anhörung im Ausschuss für Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter im Europäischen Parlament statt.

Die ExpertenInnen Lenka Vochocová (Fakultät für Sozialwissenschaften, Karlsuniversität, Prag), Donatella Martini (DonneinQuota) und Martine Simonis (Belgische Vereinigung der Journalisten) wurden dazu geladen und präsentierten die aktuelle Situation der Frauen in der Medienbranche in unterschiedlichen Positionen. Sie analysierten

diesbezüglich außerdem das Zusammenspiel zwischen den bisherigen Gender-Stereotypen und der Medienbranche selbst. Die Anhörung wird in den Initiativbericht einfließen, welcher noch im Jahr 2017 herauskommen wird.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Verbraucherschutz im digitalen Zeitalter: Stärkung der EU-weiten Zusammenarbeit

Der maltesische Vorsitz erzielte mit VertreterInnen des Europäischen Parlaments vergangene Woche eine vorläufige Einigung über die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden in der EU.

„Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen in den elektronischen Handel ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, den digitalen Binnenmarkt attraktiver und dynamischer zu gestalten. Der Schutz der Verbraucherrechte und -interessen einschließlich des Online-Einkaufs wird durch den neuen, harmonisierten Rahmen besser gewährleistet sein“, erklärte Chris Cardona, maltesischer Minister für Wirtschaft, Investitionen und Kleinunternehmen. Die Einigung, die von Rat und Parlament noch

gebilligt werden muss, zielt auf eine Modernisierung der Kooperationsmechanismen ab, um den Schaden für die VerbraucherInnen aufgrund von grenzüberschreitenden Verstößen gegen das EU-Verbraucherrecht weiter zu verringern. Ein wirksamer Verbraucherschutz muss vor allem den Herausforderungen der digitalen Wirtschaft und der Entwicklung des grenzüberschreitenden Einzelhandels in der EU Rechnung tragen.

[Mehr Informationen](#)

Verlagerung der im Vereinigten Königreich ansässigen EU-Agenturen

Die Staats- und Regierungschefs billigten am 22. Juni 2017 die Verfahrensregeln für die Verlagerung der derzeit im Vereinigten Königreich ansässigen EU-Agenturen.

Am Rande der Tagung des Europäischen Rates (Artikel 50), die am 22. Juni 2017 stattfand, billigten die Staats- und Regierungschefs von 27 Mitgliedstaaten das Verfahren im Hinblick auf einen Beschluss über die Verlegung von Europäischen Agenturen aus dem Vereinigten Königreich. Konkret befinden sich darunter die Europäische Arzneimittel-Agentur und die

Europäische Bankenaufsichtsbehörde, welche im Zusammenhang mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Union in der in der Anlage enthaltenen Fassung und auf der Grundlage eines Vorschlags des Präsidenten des Europäischen Rates und des Präsidenten der Europäischen Kommission neu angesiedelt werden sollen.

[Mehr Informationen](#)



Rat "Verkehr, Telekommunikation und Energie" zur Energieeffizienz von Gebäuden

Der Rat hat am 26. Juni 2017 seinen Standpunkt zum Vorschlag über eine überarbeitete Richtlinie über Energieeffizienz und eine überarbeitete Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden festgelegt.

Hauptziel der vorgeschlagenen Richtlinie über Energieeffizienz ist es, die bestehenden Bestimmungen zu verbessern und die Energieeffizienz zu erhöhen, um sicherzustellen, dass die Klima- und Energieziele der Europäischen Union bis 2020 und 2030 erreicht werden. Energieeffizienz gilt als eigenständige Energiequelle. Die Steigerung der Energieeffizienz wird die Treibhausgasemissionen reduzieren, die Energiesicherheit verbessern, die Energiekosten für Haushalte und Unternehmen senken, die Energiearmut verringern und zu Wachstum und Beschäftigung beitragen. Gebäude sind der größte Energieeinzelverbraucher in Europa und verbrauchen derzeit 40 % der

Endenergie. Ziel des Vorschlags der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden ist es, die Energieeffizienz bei Gebäuden zu erhöhen und eine kostengünstige Gebäudesanierung zu fördern. Ein weiterer wichtiger Punkt der überarbeiteten Richtlinie ist die Förderung der Elektromobilität. Demnach sollen mindestens eine Ladestation pro zehn Parkplätze für Elektrofahrzeuge in Nichtwohngebäuden und Vorverkabelung für jeden Stellplatz in Wohngebäuden eingebaut werden. Diese Anforderungen gelten für Gebäude mit mehr als zehn Parkplätzen.

[Mehr Informationen](#)

Überarbeiteter MFR: Mehr Geld für Wachstum, Jobs und Migration

Die EU wird mehr Geld für Wachstum und Jobs sowie für die Bewältigung der Migrationskrise freimachen.

Dies sind die Hauptziele des überarbeiteten EU-Haushaltsrahmens (Mehrjähriger Finanzrahmen – MFR) für 2014-2020, der vom Rat für Allgemeine Angelegenheiten angenommen wurde. Der überarbeitete MFR erhöht die für die EU-Hauptprioritäten vorgesehenen Mittel um 6,01 Mrd. Euro für die Jahre 2017-2020. 2,08 Mrd. Euro sollen dazu beitragen, die Wirtschaft anzukurbeln

und Arbeitsplätze zu schaffen, etwa durch mehr Mittel für Programme, wie die Jugendinitiative (+ 1,2 Mrd. €), Horizon 2020 (+ 200 Mio. €) und Erasmus+ (+ 100 Mio. €). 2,55 Mrd. Euro stehen zur Verfügung, um die Migration zu bewältigen, die Sicherheit zu erhöhen und die Kontrolle der Außengrenzen zu stärken.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Europäische Kommission will in Verkehrsprojekte in der EU investieren

Die EU-Kommission hat am 23. Juni 2017 Investitionen für europäische Verkehrsprojekte in Höhe von insgesamt 2,7 Mrd. Euro vorgeschlagen.

Ziel des Vorschlags ist die Bereitstellung von insgesamt 2,7 Mrd. EUR für 152 zentrale Verkehrsprojekte, die eine wettbewerbsfähige, saubere und vernetzte Mobilität in Europa unterstützen. Damit macht die Kommission deutlich, dass sie ihren Investitionsplan für Europa umsetzt, die Vernetzung Europas fördert und auch ihrer jüngst verabschiedeten Agenda „Europa in Bewegung“ nachkommt. Ausgewählte Projekte werden dazu beitragen, dass Schienenverbindungen modernisiert, Engpässe beseitigt, grenzüberschreitende Verbindungen verbessert, Stationen für die Versorgung mit alternativen Kraftstoffen gebaut sowie innovative Lösungen für das Verkehrsmanagement umgesetzt werden können. Die Investitionen werden im Rahmen

der Fazilität Connecting Europe getätigt. Dies ist ein Finanzierungsmechanismus, mit dem die EU Infrastrukturnetze unterstützt und der 4,7 Mrd. EUR an öffentlicher und privater Ko-Finanzierung mobilisieren wird. Solche Investitionen modernisieren das europäische Verkehrsnetz nicht nur, sondern geben auch Impulse für die Wirtschaftstätigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Dieses Jahr wird die Kommission von den insgesamt 2,7 Mrd. EUR 1,8 Mrd. EUR den 15 Mitgliedstaaten bereitstellen, die für Fördermittel des Kohäsionsfonds in Frage kommen, damit die Infrastrukturen weiter aneinander angeglichen werden können.

[Mehr Informationen](#)

EU sieht sich mit weltweit zunehmender Marktabschottung konfrontiert

Die Europäische Kommission hat am 26. Juni 2017 den zunehmenden Protektionismus in der Welt angeprangert.

In ihrem jährlichen Bericht über Handels- und Investitionshindernisse verzeichnet die Kommission für das Jahr 2016 eine Zunahme solcher Handelshindernisse um 10 %, was einem Schaden an verlorenen Ausfuhren von 27 Mrd. Euro entspricht. Ende vergangenen Jahres waren weltweit in über 50 Märkten nicht weniger als 372 derartige Hemmnisse in Kraft. Zugleich gelang es der Kommission, 20 verschiedene Hemmnisse für Ausfuhren aus der EU zu beseitigen. EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström sagte bei der Vorstellung des Berichts: „Es ist nicht zu leugnen, dass der Protektionismus Aufwind hat, was nicht ohne Folgen für die europäischen Unternehmen

und ihre Arbeitnehmer bleibt. Dass die größte Anzahl von Handelshemmnissen in G20-Ländern besteht, ist besorgniserregend. Auf dem bevorstehenden G20-Gipfel in Hamburg wird die EU die Staats- und Regierungschefs auffordern, ihren Worten Taten folgen zu lassen und nicht in Protektionismus zu verfallen. Die Europäische Union wird nicht tatenlos zusehen, sondern, ohne zu zögern, die ihr zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, wenn sich andere Länder nicht an die Regeln halten.“

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Österreich unter den Ländern mit schnellstem Innovationszuwachs

Die Innovationsleistung der EU nahm im letzten Jahr weiter zu, wobei die Fortschritte in Europa ungleich verteilt sind.

Dies ist eines der wichtigsten Ergebnisse des aktuellen „EU-Innovationsanzeigers 2017“ der Europäischen Kommission. Schweden nimmt nach wie vor die Führungsrolle bei Innovationsleistungen ein, während Österreich, Litauen, Malta, die Niederlande und das Vereinigte Königreich den schnellsten Innovationszuwachs verzeichnen. Auf

globaler Ebene kommt die EU hinsichtlich der Innovationsleistungen an Kanada und die USA heran, doch Südkorea und Japan setzen sich ab. Die größten Fortschritte unter den internationalen Wettbewerbern weist China auf.

[Mehr Information](#)

EUGH zu verdachtsunabhängigen Kontrollen an Binnengrenzen

Mit seinem Urteil vom 21. Juni 2017 äußerte sich der EUGH zur sogenannten Schleierfahndung.

Demnach sind verdachtsunabhängige Kontrollen innerhalb eines 30 km breiten Streifens um die Schengenraum-Innengrenze eines Mitgliedstaates und in Zügen oder Bahnhöfen grundsätzlich nicht mit dem Unionsrecht vereinbar. Sie seien aber dennoch zulässig, soweit die nationalen Eingriffsregelungen durch hinreichend konkrete Vorgaben gewährleisten, dass die praktische Ausübung der Kontrollbefugnisse nicht die gleiche Wirkung wie

Grenzkontrollen hat. Der EuGH nennt hier u.a. Einschränkungen der Selektivität, Intensität und Häufigkeit der Kontrollen sowie ermessenslenkende Vorgaben. Die Frage der Zulässigkeit der Schleierfahndung war lange Zeit umstritten. Anfang des Jahres hatte jedoch auch die Kommission den Einsatz verdachtsunabhängiger Kontrollen unter Einhaltung des Schengener Grenzkodex, empfohlen.

[Mehr Informationen](#)



Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Public consultation on the conflict of laws rules for third party effects of transactions in securities and claims](#)

Finanzinstrumente, Bank- und Finanzwesen

7 April 2017 - 30 Juni 2017

[Öffentliche Konsultation über das allgemeine Verbrauchsteuersystem – Harmonisierung und Vereinfachung Schwerpunkte Zoll, Steuern](#)

Zoll, Steuern

11 April 2017 - 4 Juli 2017

[Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der EU-Agenturen Eurofound, Cedefop, ETF und EU-OSHA](#)

Beschäftigung und Soziales

5 April 2017 - 5 Juli 2017

[Bewertung der Richtlinie über die Einführung intelligenter Verkehrssysteme](#)

Verkehr

5 Mai 2017 - 28 Juli 2017

[Public consultation on the detergents Regulation in the context of its ex-post evaluation](#)

Binnenmarkt, Umwelt, Verbraucherschutz

2 Mai 2017 - 25 Juli 2017

[Public consultation on the structures of excise duties applied to alcohol and alcoholic beverages](#)

Steuern

18 April 2017 - 11 Juli 2017



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Umwelt

Klima, Ressourceneffizienz, Rohmaterialien, Entkarbonisierung, Effiziente Wassernutzung, kulturelles Erbe, Kreislaufwirtschaft	<u>GREENING THE ECONOMY*</u>	07/03/2017 - 05/09/2017	€ 234.000.000
Bio-Produkt, Biomasse, Biokraftstoffe, Umweltauswirkung, Märkte, Nachhaltigkeit, ökologische Qualitätszeichen, Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft	<u>BIO-BASED INNOVATION FOR SUSTAINABLE GOODS AND SERVICES - SUPPORTING THE DEVELOPMENT OF A EUROPEAN BIOECONOMY*</u>	14/02/2017 - 13/09/2017	€ 26.470.000
Emission, Luftqualität, Diesel, Benzin	<u>HORIZON PRIZE - ENGINE RETROFIT FOR CLEAN AIR*</u>	12/09/2017	€ 1.500.000
Umweltverschmutzung, Gesundheit, Innovation, Nachträglichkeit	<u>Materials for clean air</u>	23/01/2018	€ 3.000.000
Saubere Motoren, Emission, Biokraftstoffe, Ingenieurwesen	<u>HORIZON PRIZE - CLEANEST ENGINE OF THE FUTURE</u>	20/08/2019	€ 3.500.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Abbildungsverzeichnis

https://brf.be/wp-content/uploads/2017/06/TuskJuncker_AuroreBelotAFP-380x250.jpg

<https://www.zdf.de/assets/flaggen-eu-102~768x432?cb=1498136580491>

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Katharina Deutschmann